

### Mietobergrenze Hannover - Richter traut sich nicht mehr ?

Eigentlich ließ sich die Klage vor dem Sozialgericht recht gut an. Das angerufene Sozialgericht Hannover verließ sich (erstmalig?) nicht auf die Vorgaben des beklagten JobCenter der Region, stellte sogar eigene Nachforschungen zur von der ARGE behaupteten Wohnungssituation für Hartz-IV-Berechtigte an, kam auch mit einer einstweiligen Anordnung zu dem Schluss, dass der Klägerin die in der Wohngeldtabelle rechte Spalte ausgewiesenen 350,-€ zu bewilligen seien. Mit Urteil L 7 AS 494/05 hatte der 7. Senat des Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen am 24. Apr. 07 einen Maßstab vorgegeben, hatte einer Klägerin sogar einen Teuerungszuschlag von 10% auf den Tabellenwert 350,-€, hatte 385,-€ als angemessen erkannt. Gegen das Urteil wurden weitere Rechtsmittel wie z.B. Berufung ausgeschlossen. @lptraum berichtete in Ausgabe 5/07, verwies bereits in 12/06 auf die zuvor vom Bundessozialgericht in Kassel im November 2006 ausgesprochenen Vorgaben zu den Mietobergrenzen bei Bezug Hartz IV. Hannover scheint nicht nur für die SGB-II-Behörden "ein Dorado zur

#### Munteres Paragrafenpurzeln ?



Durchsetzung rechtswidrigen Behördenhandelns zu sein" ? Anordnungen des hannoverschen Polizeipräsidenten Klosa setzen mit Hilfe der hiesigen Verwaltungsgerichtsbarkeit vorläufige Mikrofonverbote bei Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV durch. Weisungen des Sozialdezernenten der Region Hannover bewirken, dass JobCenter in der Region die Urteile des LSG in Celle ignorieren ?

**Ist in diesem Zusammenhang ein Urteil in Hannover unerwünscht ? Ist das der Grund, dass jetzt auch der Richter des Sozialgerichtes Hannover ein Urteil verweigerte ? Die Klägerin wurde massiv nahegelegt, die Klage aufzugeben.** Kernaussage der zugrunde liegenden Bewertung zu dem Celler Urteil ist, dass in Hannover kein Mietspiegel vorhanden ist, dass Bemühungen zum Auffinden von

Hartz-IV-gerechten Wohnungen in der von der ARGE geforderten Intensität nicht zumutbar sind, da nachweislich Wohnungen zu 300,- € Kaltmiete incl. Nebenkosten in Hannover nicht in ausreichendem Anzahl zur Verfügung stehen. Das JobCenter der Region möchte das Urteil des LSG aushebeln, versucht mit gleichen, bereits widerlegten Behauptungen bei einem anderen Senat des LSG Celle ein gegenteiliges Urteil zu erreichen. Mit diesem Vorhaben wäre ein Urteil in Hannover ungünstig, so es erstmalig und rechtswirksam der Rechtsprechung des 7. Senates in Celle folgt. Der Redaktion @lptraum wurde gemeldet, dass bereits ein Verfahren in Celle weiter geführt wird. Wird der damit angerufene Senat abermals und vielleicht mit einer anderen Bewertung einer Klage gegen eine Umzugsaufforderung der ARGE Hannover gegenteilig urteilen ? **Juristische Tricks, um weiterhin Rechtsunsicherheit für ALG-II-Berechtigte zu erzeugen ?** Das JobCenter hat eine Neuauflage des Flyers zur Mietobergrenze erstellt. Das Urteil zur MOG des 7. Senates: [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) (HaDe)

**Bert Brecht**  
und die Banken ?

Was ist krimineller ?  
Die Gründung einer Bank  
oder  
ein Banküberfall ?

**Albert Einstein**  
und die Rechtsgläubigkeit ?

Um ein tadelloses Mitglied einer  
Schafherde sein zu können,  
muss man vor allen Dingen  
ein Schaf sein.

**Bert Brecht**  
und die Richter ?

Nicht nur die deutsche Justiz ist  
unbestechlich! Auf der ganzen  
Welt kann man mit der größten  
Geldsumme keinen Richter mehr  
dazu verführen, Recht zu  
sprechen.

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?  
Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

**@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010**

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

**MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !**

[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) - [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)



## Prozesskostenhilfe-Begrenzungsgesetz schafft Rechtszugang für Arme ab ?

Dafür, dass Rechtsprechung möglich wird, bedarf es eines ungehinderten Zugangs zu den Gerichten. Für Geringverdiener/innen und Langzeitarbeitslose bzw. für arme Leute gibt es deshalb die Prozesskostenhilfe.

Im Kontext von Hartz IV soll passend zum Sozialraub auch der Raub von Bürgerrechten für sozial Schwache vor den Gerichten Wirklichkeit werden. **Gebührenfreiheit für Sozialversicherte, Empfänger von sozialen Leistungen und Behinderte in sozialgerichtlichen Verfahren sollen abgeschafft, eine Kostenbarriere aufgebaut werden.** Der Zugang zu den Gerichten, insbesondere zu den Sozialgerichten, die zum Beispiel über Arbeitslosengeld II (Alg II) entscheiden, ist mit Einführung von Gebühren dann einschränkt, dass sich Arme praktisch kaum noch auf dem Rechtsweg mit Hilfe einer Klage gegen behördliche Willkür wehren können.

Für Personen, die auf die soziale Grundsicherung des Sozialgesetzbuchs (SGB) angewiesen sind, kosten derzeit Sozialgerichtsverfahren nichts, wenn ihr Antrag auf Prozesskostenhilfe (PKH) bewilligt wird. Dafür prüfen die Gerichte stets, ob die Klage Aussicht auf Erfolg haben kann. Nur bei substantiellen Klagen gibt es eine Kostenbefreiung. Zuständig für PKH-Anträge sind die Gerichte, bei denen die jeweilige Klage

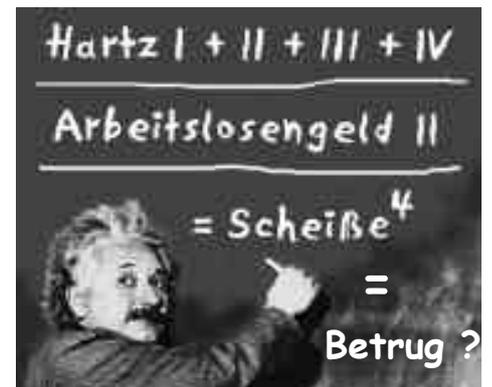
erhoben wird. Das Prozesskostenhilferecht, das im Gerichtskosten-gesetzes (GKG) verankert ist, wurde in der Bundesrepublik 1980 eingeführt. Im sozialen Rechtsstaat sollen entsprechend dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes auch **finanziell gering bemittelte Personen einen gleichberechtigten Zugang zum Rechtsstaat erhalten.**

Die geplanten Gebühren sollen im Voraus fällig werden und in der Höhe zwischen 75 und 225 liegen. Je nach Gerichtsinstanz: 75,-€ bei den Sozialgerichten, 150,-€ bei den Landessozialgerichten, 225,-€ beim Bundessozialgericht. **Falls jemand die Mittel nicht aufbringen kann, soll das Gerichtsverfahren eben nicht eröffnet werden - Recht hin - Willkür her !**

Alle Betroffenen sollen eine Art zusätzlicher Antragsgebühr zahlen: Für sozial Schwache ist zwar weiterhin eine Prozesskostenhilfe vorgesehen, jedoch soll in jedem Fall eine Eigenbeteiligung von 50,-€ gezahlt werden, auch beim größten Rechtsverstößen der Behörden Eine deftige Strafgebühr für Arme, damit sie den Rechtsweg nicht beschreiten, da die Gebühr auch fällig ist, wenn man den Prozess gewinnt.

50,-€ erscheint vielleicht als ein kleiner Betrag. Für Menschen, die mit Armuts-löhnen oder mit Arbeitslosengeld II aus-

kommen müssen, sieht die Welt jedoch ganz anders aus. **50 Euro entsprechen 15 % des monatlichen Regelsatzes, bedeutet für Betroffene:: 10 Tage auf Essen und Trinken verzichten.** Die Pläne sind nicht neu. Derselbe Entwurf zum Sozialgerichtsgesetz (SGG) wurde bereits in der letzten Legislaturperiode eingebracht und sollte ursprünglich zeitgleich mit Hartz IV im Januar 2005 in Kraft treten. Das PKH-Begrenzungsgesetz ist bereits in der Länderkammer verabschiedet. Es bedarf nun noch der Zustimmung des Bundestages. (Alp)



**Unser ständiger freier @lptraum-Mitarbeiter im August:**

*"Was mich erschreckt, ist nicht die Zerstörungskraft der Bombe, sondern die Explosionskraft des menschlichen Herzens zum Bösen."*  
**(Albert Einstein 1879-1955)**

## Öffentlicher Nahverkehr Hannover: Tickets werden 3,1 Prozent teurer

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines **SozialTickets** für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.StadtKirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Bürgerinitiative Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative Offenes Mikrofon Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg, AFRICA-Forum Hannover, radio flora - Hannovers Regionalsender

**Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.**

**Impressum:** "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover  
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31  
@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361  
Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover  
[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org), Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)  
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung  
**Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**  
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.  
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.  
Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

**Impressum:**

**Berlin-Demo: "Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!"**



## Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriède 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SvDK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriède 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Hannoversche Linke, Viktoriastraße 42	Termin vereinbaren, 300 69 00

### Zu Risiken und Nebenwirkungen:

*Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !*

### Erwerbsloseninitiativen befragen !

## JobCenter: Bewußte Irreführung zu Gas- und Stromabrechnung

Die Jahresabrechnung der Stadtwerke Hannover (enercity) beinhaltet den Gesamtverbrauch von Messung zu Messung auf das ganze Jahr gerechnet, also für alle 12 Monate. Es werden lediglich in der Jahresabrechnung aber nur 11 Abschläge aufgeführt, weil nach der Ablesung der Gesamtverbrauch in allen 12 Monaten mit der bisher anteilig (=11x) geleisteten

Zahlung abgeglichen wird und somit grundsätzlich ein von der üblichen Abschlagshöhe abweichender 12. Abschlag zu erwarten ist. Die Stadtwerke kündigen der Höhe nach keinen 12. Abschlag in der Jahresabrechnung an, weil dieser in der Regel von den Festabschlägen der Vorjahresabrechnung abweichen wird. Es ergibt sich ein 12. Abschlag in Form eines positiven bzw.

negativen Saldos. Somit ist der Saldo der Endabrechnung als ein 12. Abschlag zu verstehen.

Die Behauptung der JobCenter, die Stadwerkerechnung sei mit 11 Abschlägen auszugleichen, ist falsch und führt nur zur Verwirrung beim Anspruch auf einen Ausgleich der Jahresberechnung der Gas- und Stromkosten für Berechtigte. (Alp)

## Sozialgericht Düsseldorf stellt fest: Halbe Heizung gibt's nicht !

Wenn der Staat einem Langzeitarbeitslosen eine größere Wohnung als vorgesehen zugesteht, muss er auch die entsprechend höheren Heizkosten übernehmen. Das hat das Sozialgericht Düsseldorf entschieden. (Az.: S 23 AS 119/06). Die Behörden hatten einem allein lebenden 62-jährigen Hartz-IV-Empfänger in Krefeld wegen der niedrigen Miete erlaubt, in einer 55 Quadratmeter großen Wohnung zu bleiben, obwohl ihm nur 45 Quadratmeter zustehen. Bei den höheren Heizkosten wollten die Behörden dann aber nicht mehr mitspielen: Die Heizkosten lagen zwar noch



unter der Grenze von einem Euro pro Quadratmeter. Dennoch versuchte die Behörde, an dieser Stelle zu sparen und berücksichtigte nur die Heizkosten für eine 45 Quadratmeter große Wohnung. Das Gericht entschied, wenn die Unterkunftskosten angemessen seien, müssten auch die Heizkosten übernommen werden. **Eine Trennung der Heiz- von den Unterkunftskosten sei nicht möglich. Zudem habe der Gesetzgeber bei unangemessenen Heizkosten keine Sanktionen vorgesehen.** Die Rechtsprechung beurteilte Fallgestaltungen dieser Art bisher uneinheitlich. (Quelle SZ vom 24.07.07)

## Demo in Berlin: "Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!"

Bürgerrechtler rufen bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat auf. Am Samstag, den 22. September 2007 werden besorgte Bürgerinnen und Bürger in Berlin unter dem Motto "Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!" auf die Straße

gehen. Treffpunkt ist der Pariser Platz (Brandenburger Tor) um 14.30 Uhr. Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns

interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind - der "große Bruder" Staat und die "kleinen Brüder" aus der Wirtschaft wissen es bereits ? Verschärfte Sicherheits- und Überwachungsbefugnisse stehen auf deren unersättlichen politischen Agenda. Rechtzeitig vorbeugen, aufklären und mit demonstrieren. Info: [www.FreiheitstattAngst.de](http://www.FreiheitstattAngst.de) (Alp)

Unterstützt unsere ehrenamtliche @lptraum Arbeit. Spendenkonto:  
H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion @lptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben @lptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



**Stoppt die Vorratsdatenspeicherung! - Samstag, 22. September 2007**

## Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

**Greift zu eurer spitzen Feder !**

Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

[alptraum@radioflora.de](mailto:alptraum@radioflora.de)



UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

## RegioBus & üstra-Schilda: "Blaues Wunder" für 2,3 Mio. €uro...

Farbrevolution an den Haltestellen in der Region Hannover. RegioBus-Fahrgäste erleben ab sofort ihr **"blaues Wunder"**: **Anfang Juli begann das Busunternehmen mit dem Austausch der grünen Haltestellenschilder.**

**Die alten Lollies sollen weg:**

RegioBus und üstra wollen alle 5.100 Haltestellenschilder im Großraumverkehr Hannover (GVH) durch moderne, dunkelblaue Modelle ersetzen.

**In das "blaue Wunder" investieren beide Verkehrsbetriebe bis zum Jahr 2012 rund 2,3 Millionen €uro.**

*Ein neuer teurer "Schildbürger-Streich" ? @lptraum berichtete bereits im November 2005 über ein grün/blaues üstra/GVH-Farbenspiel:*

**"Reichlich Schilda - 1,85 Mio. €uro für Farbenblinde?"**

Der Preis für ein neues Haltestellenschild betrug damals ca. 500,- €uro je Stück. An die Stelle der grünen "Paddel" treten nun blaue Haltestellenschilder mit weißer Beschriftung. RegioBus-Verkehrsplanerin Gertrud Niemann-Blechner und RegioBus-Geschäftsführer Wolfgang Stack präsentierten am 5.7.2007 in Neustadt am Bahnhof mit dem Neustädter Betriebsleiter Peter Riedel das neue Haltestellenschild: *"Die über 25 Jahre alten Schilder haben ausgedient, sind zum großen Teil marode, verwittert und ausgebleicht"*, erklärte RegioBus-Chef Wolfgang Stack die Maßnahme. Erneuert werden dabei alle Haltestellenmasten - nicht nur bei der RegioBus, sondern im gesamten GVH. Die Farbgebung orientiert sich an verschiedenen Studien zu Wegeleitsystemen und Fahrgastinformation und wird bereits seit einigen Jahren an Bahnhöfen der DB sowie üstra-Stadtbahnhaltestellen im GVH umgesetzt.

Demnach erhöht die Kombination blau/weiß die Lesbarkeit der entsprechenden Informationen. Zudem ist das neue Schild durch den modularen Aufbau funktionaler. Einzelne

Aluminium-Elemente können leichter und kostengünstiger ausgetauscht werden als bisher. Das neue Blau soll mindestens 25 Jahre halten. Eine Speziallackierung soll zusätzlich die Wetterbeständigkeit der Schilder garantieren. Das nun reflektierende Haltestellen-"H" ist zur dunklen Tageszeit besser im Straßenraum erkennbar, insbesondere für das Fahrpersonal. Die ehemals im Durchmesser 60 mm dicken Haltestellenmasten werden nun durch 76 mm starken Stahl ersetzt, der durch ein Fundament fest mit dem Boden verankert ist. Dadurch bieten sie noch mehr Sicherheit und Standhaftigkeit vor Stürmen wie "Kyrill" oder vor Vandalismus. Innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren werden an den 1.200 Haltestellen im



Verkehrsgebiet der RegioBus alle rund 2.600 Haltestellenschilder bzw. -masten ausgetauscht. Begonnen wurde im Bereich Neustadt und Wunstorf, wo die ersten 600 Exemplare innerhalb der nächsten drei Monate aufgestellt sein werden. Rund 1,6 Millionen €uro wurden für die Beschaffung und Installation der neuen Informationsträger veranschlagt. Der Preis pro Schild und Mast inklusive

Fahrplankasten und Montage liegt bei rund 600 €uro. (100 €uro teurer ?)

*"Das Ziel der Farbrevolution ist, die Qualität unseres Erscheinungsbildes zu verbessern. Wir werden unsere Haltestellen sukzessive mit den neuen Elementen ausstatten und beginnen dort, wo der Zustand der Masten und Schilder am schlechtesten ist"*, erläuterte Wolfgang Stack die nötige Investition.

*"Für uns gehört eine stabile und attraktive Haltestelleninformation im wahrsten Sinne des Wortes zum Aushängeschild des Unternehmens"*, so Stack. *"Dafür wurde mit dem Modell Wing der Fa. Mabeg eben nicht nur auf qualitativ hochwertiges Material gesetzt, sondern auch auf eine übersichtlichere und zeitgemäßere Form"*, so Stack. Auch die am Mast fixierten Fahrplankästen erhalten einen blauen Rahmen, der ebenfalls im Vergleich zum grünen Vorgänger im moderneren Outfit daherkommt. Abfallkörbe wird die RegioBus im Zuge der Austauschaktion nicht mehr direkt am Mast befestigen lassen. *"Wir wollen es unseren Kunden nicht länger zumuten, sich beim Lesen des Fahrplanes über einen übelriechenden, unter Umständen überquellenden Mülleimer beugen zu müssen"*, stellte Stack klar. Dies will die üstra dagegen nicht: *"Wir werden die Mülleimer um jeweils 90 Grad am Mast drehen"*, sagte deren Sprecher Udo Iwannek. Quelle/Fahrgastinfo: [www.regiobus.de](http://www.regiobus.de) und [www.uestra.de](http://www.uestra.de) oder [www.gvh.de](http://www.gvh.de)

Ein **"Blaues Wunder"** erlebten auch alle Fahrer der RegioBus: Auf mehr als 100 Linien durch das Umland der Region Hannover trägt das Fahrpersonal jetzt einheitlich Blau. Zu den 450 RegioBus-Fahrern kommen etwa 250 weitere Fahrer privater Busunternehmen...

*(Die Kosten der neuen Dienstkleidung lagen @lptraum bei Redaktionsschluss nicht vor).* (ErSt)



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendezahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



## Sommerfest im Gartenhaus

Samstag, 11. August 2007

15.00 uhr kinderprogramm

u.a. mit „oma waltraud“  
(mörchen oder so...)

17.00 uhr kulturprogramm

u.a. mit wolf h'ohn (chansons)  
babette reinecke (lyrik)  
frank koeppen (lieder & texte)  
volker kühn (theater/ rezitation)  
gernot milde (deutsch-rock, rhythm & blues)  
und den rosanetten (pop songs)

ort: gartenhaus, am judenkirchhof 11 c  
30167 hannover

Was lange gärt wird endlich Mut  
Das Gartenhaus bleibt

V.i.S.d.P.: Bürgerinitiative Nachbarschaftstreff im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c e.V.



Was lange gärt, wird endlich Mut !  
Unter diesem Motto steht das Sommerfest der Bürgerinitiative Nachbarschaftstreff im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c e.V.

Weiterhin gilt die Parole:

**Das Gartenhaus bleibt !**

Aber wie soll dass geschehen ? Wenn es darum ginge, Ruhm zu erlangen, die augenblickliche Lage zeichnet sich dadurch aus, dass Neider mit anonymen Anzeigen zu Hygiene und Ausgabe von Getränken gegen Entgelt (Spenden) die Ordnungsämter und das Gewerbeamt beschäftigen, bisher nicht benötigte Auflagen wie z.B. Schankerlaubnis usw.

als neue Pflicht für stattfindende Veranstaltungen verursachen. Die Bürgerinitiative Nachbarschaftstreff im Gartenhaus Am Judenkirchhof e.V. braucht dringend Unterstützer ! Das wären Menschen, die mit planen, mit anfassen und auch Spenden und Bürgschaften zur Finanzierung des Baudenkmal-Erhaltes, zu Kauf bzw. Erbpacht des Anwesens beitragen und nicht, wie von vielen derzeit praktiziert, in Lauerstellung und auch mit öffentlichen Diffamierungen darauf hoffen, dass die derzeitigen Ziele, Erhalt des Hauses als Nachbarschaftstreff und Kulturzentrum, unmöglich gemacht werden. (Alp)

## Passivrauchen als wichtiger Kündigungsgrund auch von der BA anerkannt

**Kündigt ein Arbeitnehmer, weil an seinem Arbeitsplatz geraucht wird, ist eine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld nicht zulässig.**

In einem Feinmechanikbetrieb war das Rauchen in sämtlichen Räumen erlaubt. Ein Angestellter, der unter der Tabakluft litt, beschwerte sich mehrmals bei seinem Arbeitgeber. Da dieser nichts unternahm, kündigte der Angestellte sein Arbeitsverhältnis, um seine Gesundheit zu erhalten. Daraufhin verhängte die Bundesagentur für Arbeit gegen ihn eine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld wegen

vorsätzlichen Herbeiführens der Arbeitslosigkeit ohne wichtigen Grund. Seine Klage hiergegen blieb in erster Instanz erfolglos. Das Landessozialgericht Hessen dagegen gab ihm in der Berufung Recht und hob das zugunsten der Bundesagentur ergangene Urteil auf. Das Gericht hat die durch ständiges Passivrauchen am Arbeitsplatz drohenden gesundheitlichen Gefahren als wichtigen Grund anerkannt, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Insbesondere hatte der Feinmechaniker seinen Firmenchef mehrmals aufgefordert, die Raucher-

laubnis einzuschränken, ohne dass dieser tätig wurde. Somit durfte der Angestellte, um der weiteren Gefährdung zu entgehen, kündigen. Da er folglich seine Arbeitslosigkeit nicht grob fahrlässig herbeigeführt hat, ist die von der Bundesagentur für Arbeit verhängte Sperrzeit beim Arbeitslosengeld unwirksam. Die Bundesagentur für Arbeit hat auf die Einlegung der Revision, die wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles zugelassen wurde, ausdrücklich verzichtet. Damit ist das Urteil des LSG Hessen (L 6 AL 24/05) rechtskräftig.

## BMAS wirkt im ehem. Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda



Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), das war 1937 bis 1939 unter der Leitung von Joseph Goebbels die Nutzung

des Gebäudekomplexes in der Wilhelmstraße 49 in 10117 Berlin, das jetzt vom Ministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) genutzt wird.

Ein Schelm, der hier Böses denkt ?

Das der seit 2005 amtierende Minister und Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) gerne sozialen Fragen aus dem Wege geht, @lptraum berichtete in Ausgabe 03/2007 auch über die Begegnung in Hannover und über das Zitat des angeblich sozialen Demokraten: "Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen".

Auch sein Vorgänger Wolfgang Clement (SPD), von 2002–2005 im Amt, tat sich bereits mit populistischen Propaganda Sprüchen unangenehm hervor, wir be-



richteten in. @lptraum 11/05 über eine "Hetzkampagne gegen Arbeitslose, der SPD-Minister Clement nutzte Nazi-Vokabular". Da die "Meldungen der BA" sich häufig wie erfundene "Frontberichte" lesen, die Realität sich für hilfebedürftige Arbeitssuchende immer mehr als ein Alptraum das "Du hast alles zu akzeptieren" herausstellt, ist @lptraum geneigt anzunehmen, dass der Geist des Dritten Reiches weiterhin in diesem Hause wirkt. Befragt die da oben abgebildeten "Herrschaften". (Alp)

**Sommerfest im Gartenhaus: Samstag, 11.08.2007 (ab 15.00 + 17.00 Uhr)**

**@lptraum-Urlaubs-Tipp im August: Auch Arbeitslose dürfen reisen ...**

**Wer Arbeit hat, muss bei seinem Chef Urlaub beantragen.**

**Was aber gilt für diejenigen, die Geld von der Arbeitsagentur oder von der Krankenkasse erhalten ?**

In Niedersachsen sind die Sommerferien zwar Ende August vorbei, aber der nächste Urlaub kommt bestimmt...

**Arbeitslosengeld I:**

Wer Geld von der Arbeitslosenversicherung bekommt, kann bis zu drei Wochen - das entspricht 21 Kalendertagen - pro Jahr in den Urlaub fahren. Die Zahlungen des Amtes laufen in dieser Zeit weiter. *Arbeitslose müssen sich ihre urlaubsbedingte Abwesenheit aber in jedem Fall von der Arbeitsagentur genehmigen lassen.* Ein Urlaub gleich in den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit wird nur in "begründeten Ausnahmefällen" bewilligt. Wer etwa schulpflichtige Kinder und bereits einen Familienurlaub in den Schulferien seiner Kinder festgemacht hat, erhält möglicherweise so eine Ausnahmegenehmigung. Ab dem vierten Monat der Arbeitslosigkeit kann ein Urlaubsantrag nur dann abgelehnt werden, wenn für die Urlaubszeit konkrete Vermittlungsmöglichkeiten bestehen. Die Arbeitsagenturen sagen zwar in der Regel ja zum Urlaub - allerdings sehr spät. Meist kommt Zustimmung frühestens zwei Wochen vor Urlaubsantritt, häufig noch kurzfristiger. Denn vorher sei - so die Agenturen -



nicht absehbar, ob während der Urlaubszeit Vermittlungschancen bestünden.

**Arbeitslosengeld II:**

Hier gibt es ganz ähnliche Regeln wie beim Arbeitslosengeld I. Seit dem 1. August 2006 gilt die sogenannte Erreichbarkeits-Anordnung (Anhang B1 zum SGB III, der sog. Erreichbarkeits-Anordnung (EAO): § 2 Satz 1 Nr. 1-3 in Verb. mit § 3 Abs.1) nämlich auch für Empfänger des Arbeitslosengeldes II. Besser sieht es für die so genannten Aufstocker aus, die ALG II zusätzlich zu einem (niedrigen) Arbeitseinkommen beziehen. "Bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stehen, ist eine Ortsabwesenheit mindestens für die arbeitsvertraglich zu-stehende Urlaubsdauer zu gewähren", stellt die Bundesregierung in ihrer Gesetzesbegründung fest. Ulrich

Waschki von der Bundesagentur für Arbeit erläutert das: "Der Aufstocker, der an Betriebsferien gebunden ist, wird auch in Zukunft in aller Regel in diesen Betriebsferien mit seiner Familie in Urlaub fahren können." Unmittelbar nach einem genehmigten Urlaub werden viele Bezieher von ALG I und ALG II kurzfristig zur Vorsprache beim zuständigen Amt aufgefordert. Wer ohne wichtigen Grund nicht kommt, muss - so die BA - "damit rechnen, dass die Leistungen gestrichen und auch zurückgefordert werden. Das Gleiche gilt, wenn keine oder eine verspätete Rückmeldung erfolgt oder die maximale Urlaubsdauer von drei Wochen überschritten wird".

**Krankengeld:**

"Darf ich als Krankengeld-BezieherIn Urlaub machen?" Ähnliche Fragen erhalten die Krankenkassen, die das Krankengeld für Langzeitkranke auszahlen, dann und wann in der Urlaubszeit. "Natürlich sollen die Patienten fahren", meint Kriemhild Dittmar, Teamleiterin der BKK Gesundheit in Erfurt. "Wir wollen da vorher allerdings gefragt werden." Die Genehmigung sei häufig nur eine Formsache, doch wer ohne Erlaubnis in Auslandsurlaub fahre, müsse damit rechnen, dass ihm das Krankengeld für die Zeit der Ortsabwesenheit gestrichen wird. (Quelle: NP ePaper Nr. 169) Infos unter: [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de) (ErSt)

**DGB will sich stärker in Politik einmischen: "Besser statt billig"**

Der DGB hat ein Positionspapier vorgelegt: "**Besser statt billig**" - unter diesem Motto wollen sich der DGB Hannover und regionale Gewerkschaften stärker in die lokale Politik einmischen und kündigen verstärktes kommunales und regionales Engagement an. - Mit dieser Positionsbestimmung sollen zu zentralen kommunal und regional gestaltbaren Politikfeldern die gewerkschaftlichen Anforderungen formuliert werden. "Ein neuer und ungewöhnlicher Vorgang für uns", sagte Sebastian Wertmüller, Regionsvorsitzender des DGB: "So wollen wir bei kommunalen und regionalen Diskussionen die Sicht von Arbeitnehmern umfangreicher einfließen lassen. Als Interessensvertretung der Arbeitnehmer haben wir einen gesellschaftlichen Auftrag, der über Tarifpolitik und die Rechtsvertretung unserer Mitglieder hinausgeht." Man wolle in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt mit Politik, Verwaltung und Verbänden ins Gespräch kommen, um Einfluss für eine arbeitnehmerorientierte regionale Politik zu nehmen. Adressaten der gewerkschaftlichen

Positionsbestimmung seien neben dem Oberbürgermeister und dem Regionspräsidenten, die Fraktionen im Stadtrat und in der Regionsversammlung, die Dezernenten, aber auch Verbände und Organisationen. Wertmüller: "Wir erhoffen uns durch unsere Initiative eine verstärkte Auseinandersetzung über eine sozial gerechte Politik in unserer Region und freuen uns über Anregungen und Angebote zur Diskussion."

**Die Eckpunkte ihrer Forderungen:**

- Die Wirtschaftsförderung von Stadt und Region soll zusammengeführt, Beschäftigte sollen durch Beiräte beteiligt werden. Bei kommunaler Auftragsvergabe wird eine höhere Beteiligung von regionalem Handwerk angestrebt. Auf öffentlich-private Partnerschaften soll verzichtet werden.
- Dauerhafte Ausbildungskonferenzen zwischen Verbänden, Schulen und öffentlicher Hand werden angestrebt. Die Ausbildungsquote der Kommunen soll überprüft, gegebenenfalls ausgeweitet werden. Als zentrale Planungsgrundlage wird ein jährlicher Ausbildungsbericht

gefordert.

- Hannover soll als Stadt der Wissenschaft weiter profiliert werden. Ausgedehntere Weiterbildungsangebote und Netzwerke zwischen Hochschulen, Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften werden angestrebt.
- Anerkennung und Unterstützung gewerkschaftlichen Engagements von Bürgern mit Migrationshintergrund. Auch weitergehende Sprach- und Integrationskurse für Kinder und Eltern werden angestrebt. - Eine mögliche Städtepartnerschaft mit der Türkei wird dagegen kritisch beurteilt.
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im 3. Arbeitsmarkt statt Arbeitsgelegenheiten; 1-Euro-Jobs nur noch auf freiwilliger Basis.
- Ein gemeinsames antifaschistisches Gedenkstättenkonzept soll entstehen und alle vorhandenen Denkmäler einbeziehen. Als zentrale Infostelle wird ein Anlaufpunkt im Rathaus vorgeschlagen. (Quelle: NP ePaper Nr. 158) (ErSt) Infos: [www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de](http://www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de)

## @Iptraum-Lesetipp im August: "Wohnst du noch oder haust du schon?"



*Kampagne gegen Zwangsumzüge (Hg.)*  
Zur Wohnungsfrage nach dem SGB II - Die Angst vor dem Verlust der Wohnung geht um. Viele SGB II-Bezieher befürchten, dass sie ihre Wohnung aufgeben müssen, weil die Miete und die Heizkosten **"unangemessen hoch"** seien. Unter Hartz IV ist das Grundrecht 'Freizügigkeit für alle' außer Kraft gesetzt. Wem die ARGE bescheinigt, dass sein Wohnraum **"nicht angemessen"** sei, der muss umziehen - denn wer kann von 347,- Euro im Monat selber zuzahlen? - Dabei stellten die Verfasser der Broschüre **"Wohnst du noch oder haust du schon?"** durch Recherchen der bundesweiten Kampagne gegen Zwangsumzüge fest, dass so gut wie jede Kommune die

Mietobergrenze (MOG) für die angemessene Miete für ALG II-EmpfängerInnen zu niedrig ansetzt (siehe *JobCenter Region Hannover*). Hierdurch häufen sich Verschuldung und Wohnungslosigkeit bei den Betroffenen. Über die wenig bekannte, häufig rechtswidrige Praxis der SGB II-Träger bei der Anwendung des § 22 SGB II informiert diese Broschüre. Sie stützt sich auf die leidvollen Erfahrungen von Betroffenen. -

Infos siehe: [www.fhverlag.de](http://www.fhverlag.de) und [www.gegen-zwangsumzuege.de](http://www.gegen-zwangsumzuege.de)  
Fachhochschulverlag Frankfurt / Main, DIN A5-Broschüre 2007, 103 Seiten kartoniert, ISBN: 978-3-936065-84-8, Preis: 8,- Euro inkl. 7% MwSt. - (ErSt)

## @Iptraum-Terrorbekämpfung: Amokläufer Schäuble

**"Manche Vorschläge von Herrn Schäuble gleichen den Vorschlägen eines Amokläufers."**

SPD-Fraktionschef Peter Struck am 9. Juli in Berlin zu den Anti-Terror-Plänen von CDU-Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

## Schäuble: Gezielte Tötung von Terroristen ?

**"So hätte er es dann doch nicht gemeint"**

Schäuble-Rückzieher. Hat er überlegt, ob er vielleicht selbst als ein Terrorist erkannt werden würde ?

## @Iptraum-BigBrother: Holzauge sei wachsam?

**"Es gibt Leute, denen sieht man an, dass es eine Sünde wäre, sie nicht zu kontrollieren."**

Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) auf einer Parteiveranstaltung in Traunreuth am Chiemsee.

## @Iptraum-"Sommerloch-Zitat" im August:

**"Die Arbeitslosen nehmen uns im Biergarten die Sitzplätze weg."**

ver.di-Vorstandsmitglied im Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover...

## "Genial daneben" - Friedhofsverkehr im Golfbuggy ?

**"Auf dem Frankfurter Hauptfriedhof werden Senioren in einem Golfbuggy von 1-€-Jobbern zu den Gräbern gefahren"**

So lautete die richtige Antwort in der letzten "Genial Daneben"-Sendung des Hugo Ernst Balder.

## Hartz-IV-Begräbnis: vorzeitig Kostenübernahme klären ?

**Bestattungsunternehmen verweigern Dienstleistung für Sozialschwache**

Die Übernahme der Kosten erfolge nur schleppend oder gar nicht, so eine BILD-Meldung.

Nichtraucher aufgeatmet: **Nds. Nichtraucherschutzgesetz ab 01.08.2007**

# @l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

August - 2007

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 3, Ausgabe 8

## +++ lokal und aktuell +++

### Mitstreiter findet ihr hier:



#### Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr  
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung  
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal  
"Aufstehen gegen den Sozialkahltschlag!"

#### Erwerbsloseninitiative im Gartenhaus, montags 19.15 - 20.30 Uhr Treffen !

- danach: "gemütlicher Abend"  
Im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c  
E-Mail-Kontakt: [Rinzwind@gmx.de](mailto:Rinzwind@gmx.de)

NEU !!  
im  
Gartenhaus

#### IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr  
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

#### ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr  
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C  
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)  
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser  
E-Mail: [Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de](mailto:Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de)

#### erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,  
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348  
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"  
E-Mail: [wulf.huehn@querkunst-hannover.de](mailto:wulf.huehn@querkunst-hannover.de)

#### [ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover  
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche  
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr  
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

#### S.I.L.L. Sozial Initiative Linden Limmer e.V.

Struckmeyerstraße 9 (Linden) 30159 Hannover  
"Erwerbslosentreff": Angebot der Linkspartei.PDS  
Mo. Mi. Fr. 10.00 Uhr und Di. Do. 17.00-19.00 Uhr  
Anmeldung Info: Telefon 0152 / 04810599

#### Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr  
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)  
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover  
E-Mail: [info@arbeitslosenkreis-linden.de](mailto:info@arbeitslosenkreis-linden.de)

#### ... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)

@lptraum: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen,  
werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!

AGENDA  
2010  
KIPPEN

[www.gegen-sozialabbau.de](http://www.gegen-sozialabbau.de) [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)

#### Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

### @lptraum-Termine im August 2007:

**Mittwoch, 01. August 2007, 945 Tage Hartz IV:**  
Maschseefest 2007 täglich vom 25. Juli bis 12. August  
"Sommer, Sonne, Strand und Me(e)hr - doch wo bekommen  
wir das Geld nur her?" (siehe unten: Regelsatz für ALG II...)

**Fr., 03.08.07 - So., 05.08.07, FÄHRMANNSFEST**  
(Fr.: ca. 17-23 Uhr # Sa.: ca. 16-23 Uhr # So.: ca. 16-22 Uhr)  
**BUNT STATT BRAUN** - HANNOVER WEDDIGENUFER  
Freitag + Samstag Eintritt je 5 Euro, Sonntag Eintritt frei!  
Live-Music, Kinderfest, Infos (u.a. Asphalt und @lptraum)  
radio flora & VELVET SOUNDS - In Zusammenarbeit mit:  
LIVING CONCERTS - Infos siehe: [www.faehermannsfest.de](http://www.faehermannsfest.de)

**Dienstag, 07. August 2007, 17.30 bis 19.30 Uhr:**  
After Work Bildung 2007: **Betriebsklima** - fairer Umgang  
mit Konflikten am Arbeitsplatz ist möglich. Tel. 12400416  
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

**Mittwoch, 08. August 2007, um 8.00 Uhr / ZOB:**  
ver.di-SeniorInnen **aktiv** an der Leine: Tagesfahrt "ins  
Blaue" - Abfahrt: 8.00 Uhr am ZOB - Tel. 0511/12 400 376  
(Montags von 10 bis 12 Uhr, ver.di-Höfe, Haus A, 5.Etage)

**Mittwoch, 08. August 2007, 17.30 bis 20.00 Uhr:**  
After-Work szenario 2007: Szenisch! trainieren + beraten  
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

**Samstag, 11. August 2007, ab 16.00 Uhr:**  
- Sommerfest für jedermann & jedefrau im Gartenhaus -  
Am Judenkirchhof 11c, 30167 Hannover, Tel. 0511/7001643  
Infos siehe: "**Bürgerinitiative Gartenhaus Nordstadt e.V.**"

**Damals vor 150 Jahren, ... anno 24. August 1857:**  
Erstmals erfasst ein **Börsencrash** die gesamte Weltwirtschaft.  
Als erste Krise wird er nicht durch Nahrungsmittelmangel ver-  
ursacht, sondern durch Überproduktion und Probleme am  
Kapitalmarkt. - Die **Weltwirtschaftskrise** begann in New York,  
als die Bank "Ohio Life Insurance Company" ihre Zahlungen  
einstellen musste... (Quelle: [www.dgb.de](http://www.dgb.de))

**Donnerstag, 30.08.2007, (8.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr)**  
Reisebus-Exkursion zur Wallfahrtsstätte zeitgenössischer  
engagierter Kunst - zur **documenta 12** in Kassel (50 Euro)  
Infos: M. Dunst, bildungswerk ver.di, Tel. 0511/12 400 400

**Donnerstag, 30. Aug. 2007, "1-Euro-Job-@gentur"**  
Seit über 11 Jahren: traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag  
Verkündung der aktuellen mtl. @rbeitslosenzahlen für August  
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>  
Termine für zentrale Pressekonferenzen: [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern  
monatlich 4,63 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!  
Der Mobilitätsanteil beträgt 14,- Euro für den BG-Vorstand.**



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.  
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4  
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden? Mitmachen - Weitergeben